

Allgemeine Geschäftsbedingungen

PrivSec

Klaus Mönikes Unternehmensberatung
für Datenschutz und Datensicherheit

Ausgabe 4 vom 04. April 2009



Die Unternehmensberatung für
Datenschutz und Datensicherheit

1 Allgemein

1.1 Die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) werden mit Vertragsschluss ergänzender Bestandteil eines jeden mit der PrivSec Klaus Mönikes Unternehmensberatung für Datenschutz und Datensicherheit (im weiteren Verlauf des Textes PrivSec genannt) abgeschlossenen Vertrages. Auf die Einbeziehung der AGB wird sowohl in Angeboten wie auch auf den Internet-Seiten der PrivSec ausdrücklich hingewiesen.

1.2 Die AGB der PrivSec gelten ausschließlich und auch bei möglicherweise entgegenstehenden Geschäftsbedingungen des Vertragspartners.

1.3 Gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB) gelten die AGB i. S. d. § 310 Abs. 1 u. 3 BGB.

2 Preise, Zahlungsmodalitäten

2.1 Der maßgebliche Preis für die von der PrivSec erbrachten Leistungen ergibt sich aus dem jeweils letztgültigen Angebot bzw. dem Vertrag. Alle Beträge gelten zzgl. der jeweils geltenden gesetzlichen MwSt.

2.2 Rechnungen sind spätestens zwei Wochen nach Erhalt zu begleichen.

3 Lieferung, Abnahme, Verzug

3.1 Die Lieferung der Arbeitsergebnisse erfolgt zu dem individuell vereinbarten Termin. Der individuell vereinbarte Termin gilt jedoch nicht als Fixgeschäft i. S. d. § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB. Ereignisse höherer Gewalt befreien die PrivSec von der Pflicht zur rechtzeitigen Leistung. Erfüllungsort für sämtliche Ansprüche aus dem zugrundeliegenden Vertrag ist Hannover.

3.2 Die Arbeitsergebnisse gelten spätestens mit Ablauf von einer Woche nach Übergabe als abgenommen.

3.3 Bei nicht fristgerechter Leistung kann der Vertragspartner eine angemessene Nachfrist setzen, verbunden mit einer Ablehnungsandrohung, wenn innerhalb dieser Frist keine Leistung erfolgt. Ein möglicher Schadensersatz wegen Nichterfüllung ist auf den typischerweise bei Vertragsschluss zu erwartenden Schaden, maximal 20% des Auftragswertes, begrenzt. Ein höherer Schadensersatz kann gefordert werden, sofern der PrivSec Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

4 Gewährleistung

Die Gewährleistungsfrist beträgt, soweit es sich nicht um einen Kaufvertrag handelt, sechs Monate und beginnt mit der Abnahme der Arbeitsergebnisse (§ 3 Abs. 2). Mängel an den Arbeitsergebnissen müssen unverzüglich innerhalb von einer Woche schriftlich geltend gemacht werden. Die PrivSec hat nach einer erfolgten Mängelanzeige das Recht, zwei Nachbesserungen vorzunehmen. Schlägt die Nachbesserung fehl, hat der Vertragspartner das Recht, das Honorar zu mindern oder vom Vertrag zurückzutreten.

5 Nutzungsrechte

Mit Lieferung der Arbeitsergebnisse überträgt die PrivSec dem Vertragspartner die einfachen Nutzungsrechte in dem zur Erreichung des Vertragszwecks erforderlichen Umfang. Die PrivSec behält sich dabei alle Rechte zur internen Verwendung der Arbeitsergebnisse in gleicher oder veränderter Form vor.

6 Rechte Dritter

6.1 Die PrivSec versichert, dass die im Rahmen des Vertragsverhältnisses erbrachten Arbeitsergebnisse frei von Schutzrechten Dritter sind und dass nach ihrer Kenntnis auch keine sonstigen Rechte bestehen, die eine Nutzung der Arbeitsergebnisse in irgendeiner Weise einschränken oder ausschließen.

6.2 Die PrivSec stellt den Vertragspartner von allen Ansprüchen frei, die gegen ihn wegen der Verletzung von solchen Schutzrechten geltend gemacht werden. Sie hat in einem solchen Falle das Recht, die Verteidigung zu übernehmen.

7 Haftung

7.1 Eine Haftung der PrivSec - gleich aus welchem Rechtsgrund - tritt nur ein, wenn der Schaden durch schuldhaftes Verletzung wesentlicher Pflichten in einer das Erreichen des Vertragszwecks gefährdenden Weise verursacht wurde, auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der PrivSec zurückzuführen ist.

7.2 Die PrivSec haftet nicht für die Verwendbarkeit der Arbeitsergebnisse zu einem bestimmten Zweck, für Mangel-, Mangelfolgeschäden oder für entgangenen Gewinn.

7.3 Die Haftung nach Abs. 1 ist in jedem Fall begrenzt auf den Schadensumfang, mit dessen Entstehen die PrivSec bei Auftragserteilung typischerweise rechnen musste.

7.4 Für den Verlust von Daten und Programmen und deren Wiederherstellung haftet die PrivSec nur insoweit, als dieser Verlust nicht durch angemessene Vorsorgemaßnahmen durch den Vertragspartner, insbesondere die Anfertigung von Sicherungskopien, vermeidbar gewesen wäre.

7.5 Überlässt der Vertragspartner der PrivSec im Rahmen der Geschäftsbeziehung Daten oder Programme, haftet er für etwaige Schäden, die diese Daten oder Programme bei der PrivSec verursachen.

8 Aufrechnung

Eine Aufrechnung mit der Honorarforderung ist dem Vertragspartner nur mit anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen möglich.

9 Datenschutz

Als in den Geschäftsbereichen Datenschutz und Datensicherheit tätiges Unternehmen ist der PrivSec der Schutz der personenbezogenen Daten ihrer Vertragspartner ein besonderes Anliegen und Grundlage ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Erhebung, Verarbeitung, Nutzung und Speicherung personenbezogener Daten erfolgt nur so, wie es nach Bundesdatenschutzgesetz und anderen einschlägigen Datenschutzgesetzen zulässig ist. Den Grundsätzen der Datensparsamkeit und Datenvermeidung wird in besonderer Weise Rechnung getragen.

10 Schutz der Vertraulichkeit

10.1 Sämtliche Informationen (Dokumente, Dateien, Konzepte, Ideen und sonstige körperliche oder nichtkörperliche geistige Schöpfungen), die zwischen der PrivSec und dem jeweiligen Vertragspartner im Rahmen des Vertragsverhältnisses und auch während der Vorverhandlungen vor Abschluss eines Vertrages ausgetauscht werden, werden vertraulich behandelt. Sie sind innerhalb der beteiligten Vertragspartner nur den Mitarbeitern zugänglich zu machen, die diese Informationen zur Erfüllung des Vertragszwecks benötigen.

10.2 Nach Beendigung des Projektabschlusses oder Vertragsverhältnisses werden alle zum Zwecke der Be- und Überarbeitung überlassenen Lizenzen, Passwörter, Zugänge, Quellen und Informationen an den Auftraggeber zurückgegeben oder vernichtet.

10.3 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht über einen Zeitraum von zwei Jahren nach Beendigung der Geschäftsbeziehung hinaus, sofern keine Entbindung vorab erfolgt.

11 Gerichtsstand, Schriftform, Teilunwirksamkeit

11.1 Für sämtliche Ansprüche aus dem zugrunde liegenden Vertrag gilt deutsches Recht.

11.2 Gerichtsstand ist Hannover.

11.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Es gilt § 306 Abs. 2 BGB mit der Maßgabe, dass die gesetzliche Bestimmung gilt, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Hannover, den 04. April 2009